

BS-Beschluss öffentlich
B55-02/09

öffentlich: Ja

Drucksachen-Nr.: 05/30
Erfassungsdatum: 28.07.2009

Beschlussdatum:
28.09.2009

Einbringer:
Oberbürgermeister

Beratungsgegenstand:

Finanzierung und Sanierung der jetzigen Kliniken der Universität im innerstädtischen Bereich

Beratungsfolge Verhandelt - beschlossen	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Senat	11.08.2009	8.1				
Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschuss	31.08.2009	8.1		11	0	0
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	01.09.2009	9.3		10	0	0
Ausschuss für Bildung, Universität und Kultur	02.09.2009	8.2		11	0	0
Hauptausschuss	14.09.2009	3.8	auf TO der BS gesetzt	11	0	0
Bürgerschaft	28.09.2009	6.14	einstimmig	40	0	0

Egbert Liskow
Präsident

Beschlusskontrolle:	Termin:

Haushaltsrechtliche Auswirkungen?	Haushalt	Haushaltsjahr
Nein		

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fordert die Landesregierung und den Landtag auf, die Bauvorhaben der Universität weiter zu unterstützen und insbesondere die Sanierung der jetzigen Kliniken im innerstädtischen Bereich bis 2016 zu finanzieren.

Für den sogenannten Hochschulbereich, d.h. die Universität ohne Medizinische Fakultät und Universitätsklinikum, hat die Verwaltung der Universität einen Mindestbedarf von rund 144 Millionen Euro für Aus-, Um- und Neubauten errechnet, die dringlich notwendig sind, um die Universität auf einen mitteleuropäischen Standard zu bringen. Selbst unter Berücksichtigung der angespannten Finanzlage des Landes ist es für eine weiterhin erfolgreiche Forschung und Lehre an der Universität Greifswald und für einen auch in Zukunft konkurrenzfähigen Hochschulstandort Greifswald unabdingbar, dass diese dringlichsten Maßnahmen umgesetzt werden.

Der Neubau des Universitätsklinikums Greifswald und die damit verbundene Verlagerung medizinischer Einrichtungen aus der Innenstadt bewirken in den nächsten Jahren „sprunghafte“ Veränderungen. Große Liegenschaften in der Altstadt, die in der Regel sehr wertvolle, denkmalgeschützte Bausubstanzumfassen und maßgeblich das Stadtbild prägen, werden frei gezogen. Die Absicht der Universität, zahlreiche Liegenschaften einer sinnvollen, neuen universitären Nutzung zuzuführen, spiegelt nicht zuletzt auch ihre Verantwortung für die Universitäts- und Hansestadt wider. Die geplanten Veränderungen bzw. Anpassungen infolge der Aufgabe einer Reihe von peripheren Einzelstandorten sind aus heutiger Sicht lösbar und stadtverträglich beherrschbar. Die Universität wird nach Umsetzung des Konzeptes wesentlich bessere und effizientere Voraussetzungen für die Lehre, Forschung und Verwaltung bieten können als zuvor. Darüber hinaus wird vermieden, dass die Gebäude, in deren Sanierung nach der Wende bisher etwa 50 Mio. € investiert worden sind, längere Zeit leer stehen und dadurch dem Verfall preisgegeben werden. Nicht zuletzt können zahlreiche unwirtschaftliche Einzelstandorte aufgegeben und vom Land bzw. der Universität anderweitig wirtschaftlich genutzt werden.

Die Universität Greifswald setzt auch in Zukunft auf die historisch gewachsenen Standorte im Stadtkern und lehnt das Konzept einer Campusuniversität am Stadtrand ab. Damit steht die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in einer Reihe mit bedeutenden Traditionshochschulen des In- und Auslands und unterscheidet sich positiv insbesondere von vielen Neugründungen aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Im Rahmen einer Konzeptstudie sind auf der Grundlage einer von der Universität erarbeiteten Raumbedarfsanalyse die günstigsten Realisierungsmöglichkeiten für die Grundsanierung und den Neubau untersucht und die Kosten ermittelt worden.

Nach dem Auszug der Inneren Medizin und der Chirurgie schon in wenigen Monaten sollen die beiden Hörsaalgebäude und Bettenhäuser durch die fremdsprachigen Philologien, das Fremdsprachen- und Medizinzentrum, das Studienkolleg, das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterstudien, das Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, die Rechtswissenschaft und die Wirtschaftswissenschaft mit einer Gesamtzahl von ca. 7.000 Studierenden und Mitarbeitern nachgenutzt werden.

Zeitgleich mit der Grundsanierung soll auf jenem Baufeld, auf dem sich zurzeit noch die Isolierbaracken der Inneren Medizin, die Pneumologie, die Tollwutberatungsstelle und das

Wäschelager befinden, nach deren Abriss ein Bibliotheks- und Hörsaalneubau sowie eine Ausgabemensa errichtet werden. Der Neubau dieser Bereichsbibliothek ist allein schon deshalb zwingend erforderlich, weil ohne ihn nur die Institute, nicht aber die in denselben Gebäuden untergebrachten Fachbibliotheken an einen gemeinsamen Standort umziehen und dort konzentriert werden können. Das würde bedeuten, dass die Fachbibliotheken auch weiterhin über das Stadtgebiet verteilt und dann zusätzlich von den Instituten getrennt wären, so dass die Gebäude nicht aufgegeben und die Betriebskosten nicht wie vorgesehen reduziert werden könnten. Eine Ausgabemensa, eine Cafeteria und Serviceeinrichtungen des Studentenwerks wie z.B. des BAföG-Amt komplettieren den Campus und schaffen optimale und attraktive Studienbedingungen.

Der Gebäudekomplex der Gynäkologie in der Wollweberstraße 1 soll die Institute für Psychologie, Politik und Kommunikationswissenschaft und Bildungswissenschaften in einem Zeitraum für die Sozial- und Verhaltenswissenschaften vereinen, die bisher an verschiedenen Standorten zum Teil sehr beengt untergebracht sind.

Der schlechte bauliche Zustand und die räumliche Enge der Grimmer Straße 88 und der Bach-Straße 11-12 erfordern eine kurzfristige und nachhaltige Verbesserung der Studien- und Forschungsbedingungen am Institut für Botanik und Landschaftsökologie und am Zoologischen Institut und Museum. Geplant ist eine Herrichtung von Teilen der Kinderklinik in der Soldmannstraße 15 für die Botanik und Teile der Zoologie. Die meisten der nachzunutzenden Gebäude sind in einem relativ guten Bauzustand und bieten auch die notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten für neue Drittmittelprojekte. Zusätzlich erforderlich ist ein Laborneubau für die am Standort zukünftig tätigen Arbeitsgruppen der Botanik und Zoologie.

Die Gebäudekonzeption 2015 zur Nachnutzung der Altkliniken liegt den Fraktionen vor und kann in der Kanzlei der Bürgerschaft eingesehen werden.